

Resolution zum LSAP-Landeskongress in Mamer

Mehr Demokratie wagen

Die Luxemburger Sozialisten verpflichten sich dem Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft. Ausgangspunkt und Ziel des Handelns der Luxemburger Sozialisten ist die Würde des Menschen, die unantastbar ist. Dieses auf den Menschenrechten beruhende Grundprinzip einer rechtsstaatlichen Ordnung haben die Luxemburger Sozialistinnen und Sozialisten in ihrer über hundert Jahre alten Geschichte mit Leben gefüllt und einen herausragenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, zum gesellschaftlichen Fortschritt, zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung des Rechts auf Selbstbestimmung in unserem Land geleistet.

Für eine verantwortungsbewusste Reformpartei mit langjähriger Regierungserfahrung erwächst aus diesem nachhaltigen politischen Erbe auch eine Verpflichtung für die Zukunft, die 2013 dem LSAP-Wahlprogramm zugrundegelegt wurde und maßgeblich in das Regierungsprogramm für die laufende Legislaturperiode eingeflossen ist. Nach jahrelangem Tauziehen in Sachen Gesellschafts- und Verfassungsreform ist die LSAP mit neuen Koalitionspartnern angetreten, um Luxemburg zu modernisieren und auf die Zukunft vorzubereiten. Jüngste Belege für diese emanzipatorische Leistung, die unmissverständlich die sozialistische Handschrift trägt, sind die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs ohne Beratungszwang, die Ausweitung des Petitionsrechts, die Einführung eines Deontologiekodex für Regierungsmitglieder und Abgeordnete, die vereinbarte Trennung von Kirchen und Staat, die Einführung eines neutralen, einheitlichen Werteunterrichts und die zivile Ausrichtung des Nationalfeiertags.

Eine moderne Verfassung und mehr Bürgerbeteiligung

Kernelement dieser Zukunftsagenda für Luxemburg ist eine umfassende Staats- und Verfassungsreform, die als Grundlage einer modernen, dem Fortschritt verpflichteten Gesellschaft dienen soll. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass Luxemburg eine zeitgemäße Verfassung bekommt, die den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten Rechnung trägt. In absehbarer Zeit wird die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund des demografischen Wandels und aufgrund ihrer Herkunft nicht Teil der Luxemburger Wählerschaft sein. Auch die Tatsache, dass der Altersdurchschnitt der Wähler in Luxemburg der höchste in ganz Europa ist, gibt zu denken. Diese offenkundigen Defizite weisen auf ein Legitimitätsproblem in unserer parlamentarischen Demokratie hin und werfen die Frage nach einer gerechten Beteiligung der Luxemburger Bevölkerung am politischen Geschehen auf.

Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ will die LSAP diese Herausforderungen konsequent angehen und die Bürgerinnen und Bürger verstärkt in wichtige Entscheidungsprozesse einbinden. Das Referendum am 7. Juni 2015 und die damit einhergehende Kampagne bieten eine einmalige Gelegenheit, eine breite öffentliche Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern über die neue Verfassung zu führen und sozialistische Standpunkte klarzumachen.

Die LSAP spricht sich für eine Stärkung der partizipativen Demokratie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene aus.

- Wichtige Fragen und Themen (z.B. Landesplanung, kommunale Flächennutzung, Bebauungspläne, Gemeindefusionen), die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, sollten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf einer möglichst breiten Ebene diskutiert werden.
- Bei kontroversen politischen Entscheidungen, die die Bürgerrechte und/oder -pflichten unmittelbar betreffen, sollen Referenden als wichtige Gradmesser verstärkt zum Einsatz kommen.
- Bürgerinnen und Bürger sollen per Gesetz unter Auflagen ein Initiativrecht bekommen, eigene Gesetzesvorschläge im Parlament einzubringen.

Die LSAP fördert eine stärkere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen des Landes.

- Gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie; eine zeitgemäße und transparente Informationspolitik, politische Bildungsangebote für Jugendliche, Erwachsene und Zuwanderer und die Veranstaltung von Bürgerforen gehören zu den Grundlagen einer Politik, die auf Partizipation und Bürgernähe setzt.
- Die Demokratie stärken heißt auch soziale Kohäsion fördern, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Staat, Gemeinden und Zivilgesellschaft sollen sich weiter verpflichten, optimale Integrationsbedingungen zu schaffen, die verstärkt auf Toleranz und gegenseitigem Respekt beruhen und der Vermittlung von Sprachkompetenzen, rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Grundregeln dienen.
- Die Politik muss durch gesetzliche Regelungen und entsprechende Fördermaßnahmen sicherstellen, dass Frauen vermehrt an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben.

Die LSAP tritt im Hinblick auf das Referendum am 7. Juni für eine Ausweitung des Wahlrechts und eine Begrenzung der Mandatszeit für Regierungsmitglieder ein.

- Nicht-Luxemburger, die zehn Jahre im Land leben und bereits an Kommunal- oder Europawahlen teilgenommen haben, sollen auch die Möglichkeit bekommen, an Parlamentswahlen und Referenden teilzunehmen.
- Junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren sollen auf freiwilliger Basis das aktive Wahlrecht erhalten.
- Im Sinne einer kontinuierlichen Erneuerung des politischen Personals soll die Zeit, während der eine Person ununterbrochen den Posten eines Ministers oder Staatssekretärs bekleiden darf, auf 10 Jahre begrenzt werden.
- Die LSAP verpflichtet sich, das Ergebnis des konsultativen Referendums bei der Umsetzung der geplanten Verfassungsreform vollständig zu respektieren.

Die LSAP setzt sich für eine neue Verfassung ein, die den Ansprüchen ihrer Zeit genügt und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt.

- Die Befugnisse des Staatsoberhauptes sind auf die eines Vollzugsorgans mit Repräsentationsfunktion zu begrenzen.
- Misstrauensantrag und Vertrauensfrage sind in der neuen Verfassung zu verankern.
- Wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger sollen per Verfassung die Möglichkeit bekommen, sich durch einen begründeten Initiativantrag in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.
- Die Trennung von Kirchen und Staat findet ihren Niederschlag in der geplanten Verfassungsreform: Zum einen wird das Prinzip der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber Religionsgemeinschaften in die Verfassung eingeschrieben, zum anderen entfällt die verfassungsmäßige Verpflichtung des Staates, für die Gehälter und Renten der Geistlichen aufzukommen.

Die LSAP tritt für das Recht auf Freiheit und Sicherheit als Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats ein.

- Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, die persönlichen Freiheitsrechte, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und das Gleichheitsprinzip sind durch die Luxemburger Verfassung garantiert: Als Grundprinzipien unserer demokratischen und freiheitlichen Rechtsordnung unterliegen sie dem Schutz durch den Staat.
- Wer die Sicherheit und freiheitlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger bedroht und sich dabei z.B. auf die Ausübung der Religionsfreiheit beruft, bewegt sich außerhalb unserer rechtsstaatlichen Ordnung und wird gemäß geltendem Recht sanktioniert.
- Dabei muss sichergestellt werden, dass das staatliche Gewaltmonopol stets mit Bedacht ausgeübt und das Recht auf Sicherheit nicht zu Lasten der persönlichen Freiheitsrechte durchgesetzt wird.

Wer die Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung stärkt, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur wer in diesem Sinne zu mehr Demokratie bereit ist, trägt dazu bei, jenen Kräften Einhalt zu gebieten, die unsere freiheitliche und demokratische Rechtsordnung von innen und außen bedrohen.

Angenommen am 22. März 2015